



Pressemitteilung der Gewerkschaft der Polizei vom 08.01.2008

Immer mehr jugendliche Gewalttäter und immer weniger und ältere Polizeibeamtinnen und –beamten

***GdP kritisiert aktuelle Diskussion im Land und fordert die Landesregierung
zum Handeln auf!***

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat die gestrigen Verlautbarungen von Herrn Landespolizeipräsident Hetger gegenüber dem SWR über die erhebliche Steigerung der von Jugendlichen verübten Gewalttaten in Baden-Württemberg zur Kenntnis genommen. Der Zeitpunkt dieser Veröffentlichung hat sicher mit der aktuellen Diskussion und der heißen Wahlkampfphase – insbesondere in Hessen – zu tun, weil auch auf die „Wiesbadener Erklärung der CDU“ Bezug genommen wurde. Wer danach aber die Hoffnung gehegt hatte, dass die Landesregierung in Kenntnis dieser Tatsache, die richtigen Konsequenzen ankündigen würde, der wartete vergeblich. Da wird so getan, als könne man die Problematik der Jugendgewalt mit erhöhten Strafandrohungen, „Warnschussarrest“ oder gar mit „Erziehungscamps“ in den Griff bekommen.

„Diejenigen, die so etwas verlautbaren, reden gegen besseres Wissen, erklärte der GdP-Landesvorsitzende dazu heute in Stuttgart. „Wurde einer der Befürworter von Erziehungscamps schon mal danach befragt, wo, mit welchen Menschen und mit welchem Konzept solche Erziehungscamps eingerichtet werden sollen? Wurde danach gefragt, welche öffentlichen Mittel dafür erforderlich würden“, so Schneider.

Schneider: „Wenn Herr Mappus, auf den Personalmangel bei der Polizei und der Justiz angesprochen, öffentlich zum besten gibt, dass es in Baden-Württemberg eine „einsatzfähige Polizei“ gäbe und dabei ankündigt, ab 2009 jährlich 800 Ausbildungsstellen für die Polizei zu schaffen, dann liegt er mit seiner Sicht der Dinge völlig daneben – und ich bin sicher, dass er das auch weiß. Die Polizei des Landes ist völlig überlastet und auch in manchen Teilen bereits völlig überaltert.“

Bisher sind alle Ankündigungen zur Verbesserung der Personalsituation der Polizei lediglich vage Versprechungen – auch die aktuelle Ankündigung von Herrn Mappus. Tatsache ist, dass zu Jahresbeginn mehr als 300 Stellen des Polizeivollzugsdienstes in Baden-Württemberg gestrichen wurden. Tatsache ist auch, dass sich das Durchschnittsalter der Polizeibeamtinnen und –beamten immer weiter erhöht, weil es an Nachwuchs mangelt.

Dabei ist die steigende Jugendgewalt nur eines von vielen Phänomenen, mit der die Polizei zu kämpfen hat.

Wir fordern die Landesregierung deshalb erneut zu einer realistischen Bestandsaufnahme auf. In dieser Bestandsaufnahme muss die gesamte Sicherheitslage - von der aktuellen terroristischen Bedrohungslage über einzelne Kriminalitätsphänomene, dem tatsächlichen Aufgabenzuwachs bis hin zur Vielzahl von kriminal- und verkehrspräventiven Notwendigkeiten – dargestellt und den dafür notwendigen und tatsächlich verfügbaren polizeilichen Personalkapazitäten gegenüber gestellt werden. Als Ergebnis dieser Gesamtschau erwarten wir von der Landesregierung einen „Sicherheitsplan 2007“, oder – wie im CDU-Regierungsprogramm für die Legislaturperiode 2006 bis 2011 von Ministerpräsident Oettinger in Aussicht gestellt – einen „Pakt für ein sicheres Baden-Württemberg“.

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Baden-Württemberg
Maybachstr. 2
71735 Eberdingen-Hochdorf

Rufnummer für Rückfragen:
Josef Schneider, Landesvorsitzender, mobil 0171/4669911